

C 1411 F

Herausgeber:
Gerhard Wettig
Geschäftsführender Herausgeber
Hans Apel
Herbert von Borch
Klaus Ritter
Walter Scheel
Horst Teltschik
Richard von Weizsäcker

AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für
internationale
Fragen

Gerhard Wettig
Trends und Probleme in Europa

Michael Hennes
Europas Zukunft: Währungsunion statt Politischer Union

Heinrich Vogel
NATO-Öffnung: Eine sicherheitspolitische Scheinlösung

Jörg Kastl
Europas Sicherheit auch ohne Rußland?

Hans Arnold
Sicherheitsoptionen für Europa

Charles Weston
Interessenschwerpunkte amerikanischer Außenpolitik

Elke Thiel
Die EU und die NAFTA: Regionale Integration und transatlantische Beziehungen

Stefan A. Schirm
Politische und ökonomische Auswirkungen der NAFTA

Heinz Fiedler
Die islamistische Herausforderung

Amr Sabet
Die islamisch-europäischen Beziehungen unter dem Aspekt der Legitimität

Neue Literatur: Bücher

48. Jahrgang

1/97

1. Quartal 1997 Verlagsort Hamburg DM 14,-

ISSN 0004-8194

**INTERPRESS Verlag GmbH
Hamburg**

Europas Zukunft: Währungsunion statt Politischer Union

Die Verwirklichung des Beschlusses der Europäischen Union (EU), zu Beginn des Jahres 1999 den Euro als gemeinsame Währung einzuführen, wird sowohl für die beteiligten Länder als auch für die Außenwelt weitreichende Implikationen haben. Die Teilnehmer fassen als völliges Novum ins Auge, die Zahlungsmittel und die darauf bezogene Politik zu vereinheitlichen, ohne daß die damit zusammenhängende Wirtschafts-, Haushalts- und Steuerpolitik ebenfalls einer gemeinsamen Entscheidung unterworfen wird. Das bevorstehende Experiment ruft bei prospektiven Teilnehmern die Sorge hervor, daß Versuchungen zu nationaler Unsolidität entstehen könnten, weil sich deren Kosten dann auf alle Länder der Währungsunion verteilen würden. Im internationalen Kontext ergeben sich nicht nur in ökonomischer Hinsicht weitreichende Folgen für das Verhältnis zu den auswärtigen Partnern, insbesondere zu den USA. Eine Einschätzung der mutmaßlichen Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken formuliert nachstehend Michael Hennes, der an der Universität Bonn und bei der Friedrich-Ebert-Stiftung mit EU-Problemen wissenschaftlich befaßt ist. Der Autor versucht mit seinen Ausführungen eine Synthese zwischen der französischen Vorstellung, den europäischen Nationen mittels der geplanten Währungsunion eine eigene „Identität“ gegenüber den USA zu verschaffen, und dem deutschen Konzept, durch die Einführung des Euro einen in Europa drohenden Renationalisierungsprozeß aufzuhalten. Dabei bleibt die zwischen Bonn und Paris ebenfalls strittige zentrale Frage außer Betracht, ob an der auf deutsches Verlangen hin in den Vertrag hineingeschriebenen Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und damit am Prinzip der Geldwertstabilität ohne Rücksicht auf anders lautende politische Wünsche einzelner Regierungen von Mitgliedsländern festgehalten werden sollte.

Die EU ist entgegen mancher Reden noch immer in erster Linie eine Wirtschaftsunion. Am 1. Januar 1999 soll sie auch eine gemeinsame Währung erhalten. Helmut Schmidt mißt diesem Schritt eine fundamentale Bedeutung bei: „Wenn die Eurowährung zum 1. Januar 1999 nicht zustande käme, so käme sie wahrscheinlich nie mehr zustande; denn inzwischen würden überall erhebliche Teile der Völker gegen die dem Maastrichter Vertrag und den Deutschen angelasteten Haushaltskürzungen aufbegehren. Die schwerste Krise des europäischen Integrationsprozesses – möglicherweise sein Ende! – wäre die Folge. Und Deutschland stünde isoliert da – genau das Gegenteil jener Einbettung, die von Adenauer bis Kohl alle Bundeskanzler als überragendes strategisches Ziel verfolgt haben, im vitalen deutschen Interesse!“ Der Euro entscheidet über Europas weitere Zukunft und damit über die zukünftige Richtung der deutschen Außenpolitik.

¹ Helmut Schmidt, Die Bundesbank – kein Staat im Staate. Offener Brief an Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, in: Die Zeit, 8.11.1996.